BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM RAT DER STADT HAGEN

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität
Herrn Hans-Georg Panzer

- Im Hause –

15.01.2018

Sehr geehrter Herr Panzer,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Umweltausschusses am 25.01.2018 gem. § 6 (1) GeschO im folgenden Vorschlag zur Tagesordnung auf:

Entsorgung von Grün- und Bioabfällen in Hagen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, den Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses (Vorlage 1248/2014 „Ausbau der getrennten Erfassung von Bioabfällen in Hagen“) von Dezember 2014 darzustellen. Dies soll auch vor dem Hintergrund der entsprechenden Passagen im fortgeschriebenen Abfallwirtschaftskonzept erfolgen, das im Dezember 2015 verabschiedet wurde.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

a) Welchen Stand hat die Errichtung von dezentralen Sammelstellen in den Stadtteilen Haspe und Hagen-Süd erreicht? (Hohenlimburg hat verspätet im Dez. 2017 eröffnet).

b) Für Sommer 2017 war die Getrenntsammlung für Bioabfälle im neu zu errichtenden Wertstoffhof der Müllverbrennungsanlage angekündigt. Warum ist dieser Plan nicht umgesetzt worden?

c) Welche Mengen Bio- und Grünabfall sind bei Umsetzung des AWK in diesem und den kommenden Jahren zu erwarten, und wieviel kg pro Einwohner und Jahr entspricht das?

d) Mit welchen Sanktionen hat die Stadt zu rechnen, wenn sie wiederholt die Zielwerte des AWK nicht einhält?

Begründung:

Grundlage des Ratsbeschlusses zur Vorlage 1248/2014 ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes (KrWG) und das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Hagen (AWK).
Hagen hatte sich seinerzeit gegen die Einführung einer Biotonne entschieden und stattdessen eine Ausweitung des Anliefersystems mittels Suche nach geeigneten Standorten für die Anlieferung

beschlossen, mit dem Ziel, die Gesamtmenge der Grünabfälle zu steigern. Als Zielwert für das Jahr 2021 wird im AWK 140kg pro Einwohner und Jahr angegeben.
Bereits bei einer fiktiven Einhaltung dieser Zielmenge ist nicht eindeutig, ob die Stadt Hagen damit ihren Verpflichtungen aus dem KrWG gerecht würde. Ob bislang überhaupt auch nur annähernd diese Größenordnungen erreicht werden konnten, ist zur Zeit nicht nachvollziehbar.
Parallel weist aber eine Erhebung des NABU über das bundesweite Biotonnen-Angebot im Jahr 2017 die Stadt Hagen als einzige Kommune in NRW aus, in der überhaupt kein Angebot für die Entsorgung von Biomüll (ausgenommen Grünschnitt) existiert (Quelle: https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/abfall-und-recycling/bioabfall/index.html).

f.d.R.
Hubertus Wolzenburg
Fraktionsgeschäftsführer

Hildegund Kingreen
Ausschussmitglied